



November 2019

Heute hat die Bundesregierung ihre „Halbzeitbilanz“ veröffentlicht. Und nach den Verlautbarungen der Beteiligten ist alles eine grandiose Erfolgsstory. Ein Grund mehr, sich das Papier aus digitalpolitischer Sicht etwas näher anzuschauen.

Natürlich werden wir hier nicht alle Einzelaspekte herausgreifen können, sondern nur auf die wesentlichsten Punkte eingehen.

Vorab, die positive Einschätzung zum Erreichten bzw. Geplanten teilen wir absolut nicht.

Also los geht's.

---

*Der Bund investiert mit dem DigitalPakt Schule in den nächsten fünf Jahren 5 Milliarden Euro in eine moderne digitale Infrastruktur an allen allgemeinbildenden und beruflichen Schulen. Darüber hinaus ermöglicht der DigitalPakt z. B. Cloud-Lösungen.*

---

Gut, über die Wirksamkeit des 2016 (!) beschlossenen Digitalpakts müssen wir keine Worte mehr verlieren. Das Prinzip „Gut gemeint und schlecht gemacht“ wird trotz der anhaltenden Kritik nicht korrigiert. Neben der technischen Ausstattung muss vor allem in neue Unterrichtskonzepte, Lehrerfortbildungen und Fachpersonal investiert werden. Dass dies weiterhin nicht mit aufgenommen wird ist für den Bildungsstandort Deutschland einfach beschämend.

---

*Künstliche Intelligenz (KI) „made in Europe“ soll weltweit zum Markenzeichen werden. Um die Zukunftstechnologie der Künstlichen Intelligenz weiter zu entwickeln, haben wir im November 2018 die Strategie Künstliche Intelligenz verabschiedet, für die bis 2025 insgesamt bis zu drei Milliarden Euro*

---

Bereits zur Verabschiedung der Strategie haben wir darauf hingewiesen, dass die geplanten 3 Mrd. Euro nicht ansatzweise geeignet sind, um dem selbsternannten Anspruch im Bereich „KI“ gerecht werden zu können. Das man selbst inhaltliche Schwächen (Beispiel: Fehlendes „Deep learning“) weiterhin nicht betrachtet ist ein fundamentales Versäumnis. Insofern wird die KI-Strategie auch weiterhin die falschen strategischen Prioritäten setzen und einfach verpuffen.



November 2019

---

*Im September 2019 hat die Bundesregierung ihre Blockchain-Strategie verabschiedet.*

---

Glückwunsch. Und hat für das ideenlose Zusammenkopieren von einigen Ideen immer noch kein sinnvolles Gesamtkonzept daraus formulieren können. Bislang gibt es auch keine „Leuchtturmprojekte“ oder konkrete Vorhaben, die auch nur irgendwie auf die Erreichung von Zielen hindeuten können.

---

*Im Festnetz wollen wir bis 2025 gigabit-fähige Netze für alle erreichen ... und Das Breitbandförderprogramm haben wir auf Gigabit umgestellt und im Verfahren deutlich vereinfacht“ ... und „Wir setzen den Ausbau der digitalen Infrastruktur mit Hochdruck fort. Im Mobilfunk wollen wir zügig eine flächendeckende Netzabdeckung erreichen.“*

---

Prima. Es ist immer sehr schön etwas zu wollen, ohne sich konkret festzulegen. Und wenn man die alten Ziele schon nicht erreicht, dann schreibt man einfach das Wort „Giga“ davor und schon klingt das alles supermodern und superschnell. Zur Erinnerung: Erst 2,6 Prozent der stationären Breitbandanschlüsse in Deutschland sind laut OECD im Juni 2018 mit einem Glasfaserkabel verbunden. Und Besserung ist auch nicht in Sicht.

---

*Auch in der Plattformökonomie setzen wir uns für faire Rechte von Beschäftigten und Verbraucherinnen und Verbrauchern ein*

---

Das ist so allgemein, dass sich wohl niemand (wir eingeschlossen) etwas darunter vorstellen kann. Geht es hier beispielsweise um den Bereich „Clickworker“? Und sich dafür einsetzen hat nichts mit konkreten Maßnahmen zu tun. Sorry, das kann in dieser Form weg.



November 2019

---

*Zur Förderung, Erleichterung und Absicherung mobiler Arbeit werden wir einen Rechtsrahmen schaffen.*

---

Davon abgesehen, dass nirgendwo im Papier „mobile Arbeit“ beschrieben wird, fehlt ganz klar ein Statement zur Verankerung von „Home Office“ bzw. „Mobile Office“ im Rechtsrahmen sowie ein klares Bekenntnis zur Förderung von „Co-Working-Spaces“.

---

*Deshalb hat die Bundesregierung zu der Abstimmung im Europäischen Rat eine umfangreiche Protokollerklärung abgegeben und darin eine nationale Umsetzung angekündigt, die kommunikative Freiheitsrechte umfassend schützt.*

---

Ja, natürlich. Erst hat man der Umsetzung von Art. 13 (Uploadfilter) zugestimmt, obwohl der im Koalitionsvertrag noch als „unverhältnismäßig“ betitelt wurde. Und nun soll es die Protokollerklärung richten? Die Bundesregierung hat natürlich vergessen darauf hinzuweisen, dass diese Protokollerklärung rechtlich nicht bindend ist. Es ist also keineswegs eine Absage an die Uploadfilter, sondern nur eine mediale Beruhigungsspiel für die Öffentlichkeit.

Und auch im Bereich von IT-Sicherheit, KRITIS, „Cyber“ etc. gibt es so einige Ungereimtheiten.

Nicht fehlen darf hier das #NetzDG, welches man „novellieren“ will. Wer diese Koalition kennt und auch die Statements der Justizministerin in den letzten Tagen vernommen hat weiß, dass es nur darum geht, dieses „Instrument“ noch schlimmer zu machen als es eh schon ist.

Unser Sichtweise dazu bleibt klar: Das #NetzDG gehört abgeschafft und dafür die Ermittlungs- und Strafverfolgungsbehörden personell gestärkt.



November 2019

---

*Um der gemeinsamen Verantwortung für die digitale Sicherheit gerecht zu werden, stärken wir die Sicherheitsbehörden und wollen mit den Ländern gemeinsame Sicherheitsstandards entwickeln.*

---

Was man sich unter diesen gemeinsamen Sicherheitsstandards vorstellen soll, das bleibt allerdings ein gut gehütetes Geheimnis. Oder man hat einfach keine Ahnung wovon man da überhaupt schreibt.

---

*Ziel der Bundesregierung ist, den digitalen Wandel erfolgreich zu gestalten. Wir wollen einen digitalen Fortschritt, der Chancen für Innovationen und Teilhabe eröffnet, eine Balance zwischen Datennutzung und Datenschutz findet und gleichzeitig unseren Werten Rechnung trägt.*

---

Soso, bei der Formulierung „Balance zwischen Datennutzung und Datenschutz“ muss einem Angst und Bange werden. Im Kern geht es, betrachtet man bisherige Statements und Aktionen der Koalition, wohl einfach nur darum, den Datenschutz weiterhin zugunsten der Datennutzung auszuhebeln. Wie genau das geht sieht man am Entwurf von J. Spahn, der einfach alle sensiblen Gesundheitsdaten ohne Einwilligung der Betroffenen mal eben zur Nutzung freigeben möchte.

Die geplanten Aktivitäten der Koalition sind nicht nur unambitioniert.

Sondern sie auch so unkonkret, dass mit diesen Aktivitäten den Herausforderungen durch die Digitalisierung in keiner Form Rechnung getragen werden kann.

Das ist weiterhin ein digitalpolitisches Armutszeugnis.